

Ausschuss für Inneres und Sport

(101. Sitzung am 29. September 2016)

Beratungsthemen:

Vertraulicher Sitzungsteil

1. **Unterrichtung durch die Landesregierung zur Ermittlungsführung gegen ehemalige RAF-Mitglieder nach einem Überfall in Cremlingen**

Der Ausschuss nahm die Unterrichtung entgegen und führte darüber eine Aussprache.

2. **Unterrichtung durch die Landesregierung zur Durchsuchung des Deutschsprachigen Islamkreises Hildesheim am 27. Juli 2016**

Der Ausschuss setzte diesen Punkt aus Zeitgründen von der Tagesordnung ab und kam überein, die Unterrichtung für die Sitzung am 20. Oktober 2016 vorzusehen.

Öffentlicher Sitzungsteil

3. **Kommunalbericht 2016**

Unterrichtung durch den Landesrechnungshof - [Drs. 17/6520](#)

Die Präsidentin des Landesrechnungshofs stellte dem Ausschuss den Bericht vor. Sodann nahm die Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Spitzenverbände hierzu Stellung. Daran schloss sich eine Aussprache an.

4. **Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes und anderer kommunalrechtlicher Vorschriften sowie über Gebietsänderungen im Bereich des Hafens Wilhelmshaven**

Gesetzentwurf der Landesregierung - [Drs. 17/5423](#)

Der Ausschuss schloss die Beratung des Gesetzentwurfs ab und empfahl dem Landtag mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU und der FDP vorbehaltlich der Voten der mitberatenden Ausschüsse für Rechts- und Verfassungsfragen sowie für Haushalt und Finanzen, den Gesetzentwurf in der Fassung der Vorlage 13 zuzüglich weniger ergänzender Änderungen anzunehmen.

Berichtersteller: Abg. Belit Onay (GRÜNE)

5. **Gesetz zur Verbesserung des Rechtsschutzes im Niedersächsischen Landeswahlrecht**

Gesetzentwurf der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 17/5712](#)

Der Ausschuss schloss die Beratung des Gesetzentwurfs ab und empfahl dem Landtag mit den Stimmen der Fraktionen der CDU, der SPD und der Grünen bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP vorbehaltlich des Votums des mitberatenden Ausschusses für Rechts- und Verfassungsfragen, den Gesetzentwurf in der Fassung der Vorlage 4 anzunehmen.

Berichterstellerin: Abg. Angelika Jahns (CDU)

6. **Gesetzentwurf zur Sicherung der Ausbildungsverkehre in Niedersachsen und zur landesrechtlichen Ersetzung der Ausgleichsregelung gemäß §§ 45 a, 64 a Personenbeförderungsgesetz durch die Zusammenführung von Aufgaben- und Ausgabenverantwortung bei den kommunalen Aufgabenträgern sowie zur finanziellen Unterstützung für Mobilitätsverbesserungen und zur Weiterentwicklung des straßengebundenen öffentlichen Personennahverkehrs in den Kommunen und zur landesrechtlichen Ersetzung der Ausgleichsregelung §§ 6 a, 6 h Allgemeines Eisenbahngesetz**

Gesetzentwurf der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 17/5836](#)

Der Ausschuss behandelte den Gesetzentwurf auf der Grundlage der Vorlage 15 gemäß § 28 Abs. 4 i. V. m. § 39 Abs. 3 GO LT und plädierte gegenüber dem federführenden Ausschuss für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU und der FDP dafür, die Beratung im Sinne jener Vorlage abzuschließen.

7. **Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Niedersächsischen Kommunalabgabengesetzes und anderer Gesetze**

Gesetzentwurf der Landesregierung - [Drs. 17/5422](#)

Die Koalitionsfraktionen brachten einen Änderungsvorschlag als Tischvorlage (Vorlage 19) ein. Der Ausschuss bat die Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Spitzenverbände um die Abgabe einer ergänzenden schriftlichen Stellungnahme zu diesem Änderungsvorschlag.

8. **Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Niedersächsischen Katastrophenschutzgesetzes**

Gesetzentwurf der Landesregierung - [Drs. 17/6435](#)

Ein Vertreter des MI stellte die Grundzüge des Gesetzentwurfs vor. Sodann erörterte der Ausschuss Verfahrensfragen und kam überein, hierzu eine Anhörung durchzuführen. Die Fraktionen sollen die Anzuhörenden gegenüber der Landtagsverwaltung bis zum 13. Oktober 2016 benennen.